


www.laender-analysen.de/ukraine

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN POLEN UND DER UKRAINE

■ ANALYSE	
Polen und die Ukraine: Pragmatismus schreitet voran	2
Von Lina Klymenko, Wien	
■ GRAFIKEN UND MATERIAL ZUM TEXT	
Die ukrainisch-polnischen Beziehungen in Umfragen und Statistiken	6
Erklärung des Gipfels der Östlichen Partnerschaft	10
Resolution der EU zu den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine	12
■ CHRONIK	
Vom 27. Oktober bis 7. November 2011	13



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Polen und die Ukraine: Pragmatismus schreitet voran

Von Lina Klymenko, Wien

Zusammenfassung

Zwar befinden sich die derzeitigen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine nicht in der intensivsten Phase seit ihrem Bestehen, jedoch sind sie robust und auf beiden Seiten herrschen pragmatische Überlegungen vor. Allerdings erhalten viele bestehende Projekte der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit keine neuen Impulse mehr. Lediglich im Rahmen der Annäherung der Ukraine an europäische Strukturen konnte Polen über die Jahre seine Rolle als Befürworter der europäischen Integration der Ukraine stärken. Auch wenn Polen nicht weiter auf eine EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine besteht, so gelang es dem Land doch, die Aufmerksamkeit der EU verstärkt auf die Ukraine und die Gefährdung ihrer jungen Demokratie zu lenken. Besondere Bedeutung trug hierbei das Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft Ende September 2011 in Warschau, das unter polnischem EU-Ratsvorsitz durchgeführt wurde.

Einleitung

Mit dem Regierungswechsel im November 2007 und dem Amtsantritt Präsident Komorowskis im August 2010 ging eine Übernahme außenpolitischer Schlüsselpositionen durch die zentristische Partei Bürgerplattform (PO) einher, wodurch es Polen seither gelingt, seine Ukraine-Politik effizienter und pragmatischer zu gestalten. Angesichts der Aufnahme von Kooperationen mit Russland und Deutschland und des Rückzugsgefechts der Demokratie in der Ukraine führt Polen zwar keine intensive, jedoch eine zielgerichtete Ukraine-Politik. Unter Präsident Janukowytsch (amtierend seit Februar 2010) wurden die wichtigsten außenpolitischen Positionen rasch mit dem Präsidenten loyalen Figuren besetzt und die ukrainische Außenpolitik kehrte zu dem altbekannten »Spagat« zurück, mit dem die Ukraine ihre Beziehungen zur EU und zu Russland zu balancieren und nach beiden Seiten zu verbessern sucht. Obwohl Polen seit Jahrzehnten der wichtigste strategische Partner der Ukraine in der Annäherung an die EU ist, scheint eine Intensivierung der ukrainisch-polnischen Beziehungen in der »multivektoriellen« Außenpolitik der Ukraine derzeit nicht vorgesehen. Dies unterstrich der ukrainische Präsident, indem er seinen ersten offiziellen Polen-Besuch erst nach Ablauf eines ganzen Jahres nach seinem Amtsantritt unternahm. Angesichts dieser Unscheinbarkeit stellt sich die Frage, wie sich die ukrainisch-polnischen Beziehungen aktuell gestalten, wo die Prioritäten liegen und was die möglichen Folgen dieser Entwicklung sind.

Prioritäten der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit

Die ukrainisch-polnischen Beziehungen umfassen ein vielfältiges Spektrum von Themen- und Kooperationsfeldern. Im Fokus stehen Themen wie kultureller Austausch, Zusammenarbeit im Bildungsbereich,

wirtschaftliche Kooperation, Erweiterung der Grenzübergänge, Energiesicherheit sowie militärische Zusammenarbeit. Hinzu kommt aktuell die Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft 2012 sowie als Langzeitprojekt die ukrainisch-polnische Versöhnung, die aufgrund der komplizierten historischen Beziehungen weiterhin vonnöten ist. Während viele Unternehmungen fortgeführt werden, kam es zur stillschweigenden Stilllegung einer Reihe von Projekten, die noch unter den Präsidenten Kaczyński und Juschtschenko intensiv verfolgt wurden. Zwar unterzeichneten die beiden amtierenden Präsidenten im Februar 2011 während Janukowytschs offiziellem Besuch in Polen eine Roadmap für die Zusammenarbeit in den Jahren 2011 bis 2013, da dieses Dokument jedoch nicht im Internet auffindbar ist, steht zu bezweifeln, dass es eine große Bedeutung trägt und der Zusammenarbeit neue Impulse geben wird. Auf institutioneller Ebene wurde im Februar 2011 unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidenten beider Länder ein Partnerschaftsforum für wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit eingerichtet. Allerdings ist fraglich, ob dieses neu geschaffene Forum eine neue Qualität in die ukrainisch-polnischen Beziehungen bringen wird. Immerhin gibt es bereits eine Reihe etablierter politischer Institutionen, von denen einige allerdings schon heute nur unregelmäßig arbeiten.

Eines der vorrangigen Interaktionsfelder ist und bleibt die Zusammenarbeit bezüglich der ukrainischen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in der Ukraine. Den Minderheiten ist hierbei eine Brückenfunktion zugedacht, über die die beiden Völker gemeinsam ihre schwierige Geschichte aufarbeiten und sich hierdurch versöhnen sollen. Dass negative Wahrnehmungen in der Tat auf dem Rückzug sind, zeigt sich unter anderem in Umfragen des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS im Jahr 2010, in denen

die Polen steigende Sympathie gegenüber den Ukrainern äußerten. Darüber hinaus wurden dem Verein der Ukrainer in Polen im März 2011 die Besitzunterlagen des Ukrainischen Hauses im polnischen Przemyśl übereignet. Die Frage der Errichtung eines Polnischen Hauses in Lwiw ist hingegen nach wie vor offen und politisiert. Überdies besteht die ukrainische Gemeinde in Polen auf der Errichtung eines Denkmals für den ersten ukrainischen Präsidenten Hruschewskyj im polnischen Chełm, während Polen die Errichtung eines Denkmals für den polnischen Dichter Słowacki in Kiew verlangt. Dies unterstreicht, dass zum Abbau der gegenseitigen negativen Wahrnehmungen weiterhin viel Überzeugungskraft und konstruktive Arbeit vonnöten ist.

Im Hinblick auf die schwierige Aussöhnung zwischen Polen und der Ukraine kommt der Zusammenarbeit bei Gedenkstätten für Opfer von Kriegen und politischen Repressionen eine wichtige Rolle zu. Stätten dieser Art werden bevorzugt in Städten errichtet, in denen im 2. Weltkrieg ethnische Säuberungen durchgeführt wurden. Beispiel ist hier das polnische Gorajec, in dem die neu eingerichtete Stätte den damals dort gefallenen Ukrainern gewidmet wurde. Obwohl Gedenkstätten dieser Art wichtige Symbole für die Versöhnung der beiden Länder darstellen, werden Auseinandersetzungen über ihren geschichtlichen Hintergrund meist nicht konstruktiv über wissenschaftliche Konferenzen oder gemeinsame Bürgerinitiativen aufgearbeitet. Die Herausforderung für die Politik besteht darin, potenzielle Konflikte nicht zuzuspitzen. Für Polen gehört die Aufarbeitung totalitärer Vergangenheit zu den wichtigen Prioritäten; so fand beispielsweise der erste offizielle Besuch des polnischen Präsidenten Komorowski in der Ukraine im September 2010 zum Gedenken an die polnischen Opfer des sowjetischen NKWD in der Nähe der ukrainischen Stadt Charkiw statt. Ein weiteres Beispiel sind die laufenden Gespräche zur Etablierung einer Gedenkstätte für polnische und ausländische Bürger, die zwischen 1937 und 1941 den Stalinistischen Repressionen in der Nähe von Kiew zum Opfer fielen.

Die Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Bildung ist weiterhin intensiv. Polen unterstützt nachdrücklich den wissenschaftlichen Austausch zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen sowie Programme zum Jugendaustausch. Ein Beispiel hierfür ist der Vertrag über Zusammenarbeit zwischen der polnischen Krajowa Szkoła und der ukrainischen Nationalakademie (beide im Bereich der Öffentlichen Verwaltung), der im Juni 2010 unterzeichnet wurde. Die bereits seit einem Jahrzehnt angestrebte Etablierung einer ukrainisch-polnischen Universität konnte jedoch aufgrund von Differenzen über das Format der Universität bisher nicht erreicht werden. Das erstmals während

der Präsidentschaften Kwaśniewskis und Kutschmas konzipierte Projekt wurde bereits unter den Präsidenten Kaczyński und Juschtschenko reanimiert. Polen strebt danach, das Projekt als »europäisch« darzustellen und verfügt dabei in dem polnischen EU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Europäischen Parlaments Buzek über einen Unterstützer.

Erhalten bleibt weiters die ukrainisch-polnische Zusammenarbeit in Grenzfragen. Von Bedeutung in diesem Bereich ist die Modernisierung bestehender und die Eröffnung neuer Grenzübergänge sowie die Effizienzsteigerung von Zoll- und Passkontrollen. Der Ausbau von Grenzübergängen und die Entwicklung des Grenzgebiets stehen auch im Rahmen der Vorbereitung zur Fußball-Europameisterschaft 2012 im Fokus. Die ursprüngliche Idee, die Visumspflicht für Ukrainer während der Fußball-Europameisterschaft aufzuheben, musste Polen jedoch aufgeben, da die EU einen solchen Schritt nicht zugelassen hätte. Allerdings erwartet Polen ohnehin nur wenige ukrainische Fans, da die polnische und die ukrainische Mannschaft jeweils im eigenen Land spielen wird. Des weiteren unterstützt Polen den Ausbau der Selbstverwaltung in der Ukraine; im März 2011 fand hierzu eine Sitzung des Interregierungsrats für Regionale Kooperation in Lwiw statt, wo unter der Schirmherrschaft der Präsidenten beider Länder unter anderem ein Treffen ukrainischer Regionen-Gouverneure und polnischer Woiwodschafts-Marschälle durchgeführt wurde.

In Fragen politischer Sicherheit tritt Polen weiterhin als Befürworter der Anbindung der Ukraine an die NATO auf. Die von den vorherigen Präsidenten beider Länder stark forcierte euroatlantische Zusammenarbeit liegt jedoch für unbestimmte Zeit auf Eis, da eine NATO-Mitgliedschaft aktuell weder für die Ukraine noch für die NATO zur Debatte steht. Im direkten Zusammenhang hiermit wird auch der Plan einer ukrainisch-polnisch-litauischen Brigade – mit dem Ziel der Annäherung der Ukraine an die NATO – derzeit nicht weiter verfolgt. Polen geht in diesem Zusammenhang insofern pragmatisch vor, als die NATO in den ukrainisch-polnischen Beziehungen nicht mehr thematisiert wird. Eine Rolle spielt hierbei auch die Tendenz Polens, sich stärker als europäischer Akteur und somit vorrangig als EU-Mitglied und erst danach als NATO-Mitglied zu sehen.

Die Frage der Energiesicherheit ist derzeit nicht von besonderer Bedeutung. Vor allem der von den vorherigen Präsidenten vorangetriebene Bau der Pipeline Odessa–Brody(–Płock–Gdańsk) ist weiterhin ausständig. Die Planung der Pipeline wurde vor vielen Jahren mit dem Ziel der Diversifizierung von Energieträgern begonnen und würde Polen die Möglichkeit bieten, Öl

ohne Umweg über Russland aus dem Kaspischen Meer nach Europa zu transportieren. Zwar fand am Rande des Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft im September 2011 ein Treffen der Organisation GUAM (Sicherheitsallianz der Staaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien) statt, bei dem die Zusammenarbeit der Länder in der Region Schwarzes Meer–Kaspisches Meer von Polen unterstützt wurde, jedoch wurden bezüglich des Pipeline-Projekts bei diesem Treffen keine Fortschritte erzielt. Offen bleiben dabei nach wie vor Fragen der Finanzierung und Rentabilität sowie der aktuellen ukrainischen Innenpolitik.

Stärkung der europäischen Integration der Ukraine

Der Hauptaspekt der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit ist nach wie vor die Unterstützung Polens für die Annäherung der Ukraine an die EU. Eine solche Annäherung ist von zentralem Interesse für Polen, sei es in geopolitischer, kultureller oder Demokratie fördernder Hinsicht. Die Ukraine strebt ihrerseits seit Jahren danach, Bestandteil der europäischen Gemeinde zu werden. Die Entwicklung der polnischen Strategie gegenüber der Ukraine wurde insbesondere durch die Initiierung der Östlichen Partnerschaft 2009 sichtbar. Polen nutzte die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 dazu, seine Position innerhalb der EU als Befürworter der europäischen Integration der Ukraine weiter zu stärken. Laut Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft strebt Polen im Fall der Ukraine (wie auch der anderen Länder der Östlichen Partnerschaft) nach einem Assoziierungsabkommen mit der EU, einer Freihandelszone sowie einer Liberalisierung des Visumregimes. Im Gegensatz zu den vorherigen Präsidenten Kaczyński und Juschtschenko, die das Ziel einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine stark vorantrieben, ist die Einstellung der polnischen Entscheidungsträger zu einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine in jüngster Zeit pragmatischer geworden. Da derzeit weder die Ukraine noch die EU für einen EU-Beitritt der Ukraine bereit sind, besteht auch Polen gegenwärtig nicht auf einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine.

Als Hauptereignis unter Polens EU-Ratspräsidentschaft sollte sich das Gipfeltreffen der Östlichen Part-

nerschaft in Warschau am 29. und 30. September 2011 herausstellen. Das Gipfeltreffen bot Polen die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der EU-Mitglieder auf die Bedeutung der Ukraine für die EU zu lenken und die Probleme der europäischen Integration der Ukraine und ihrer Demokratisierung zu thematisieren. Allerdings sah sich die polnische Regierung auch dem Vorwurf ausgesetzt, das Gipfeltreffen sei eine PR-Aktion im Vorfeld der polnischen Parlamentswahlen. Wie zu erwarten brachte das Gipfeltreffen keine radikalen Änderungen in den Beziehungen der EU mit der Ukraine, d. h. keine Verankerung einer EU-Beitrittsperspektive im derzeit in Verhandlung befindlichen Assoziierungsabkommen. Die Vorgehensweise Polens ist jedoch nicht als Mangel an Unterstützung für die Ukraine zu erachten, sondern als Beweis für die Erkenntnis, dass freundliche und konstruktive Beziehungen zu den »alten EU-Mitgliedern« sowie eine Zusammen-

arbeit mit Russland ebenfalls zur Stabilität in der Region beitragen. In Kooperation mit Deutschland stärkt dies auch Polens Rolle als wichtiges EU-Mitglied.

Die Haupterrungenschaft des Gipfeltreffens liegt nach Meinung des polnischen Ministerpräsidenten Tusk in der Perspektive auf einen Einbezug der Ukraine (und anderer Länder der Östlichen Partnerschaft)

in den europäischen Markt sowie auf ein visumfreies Regime. Der polnische Außenminister Sikorski sieht die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft für die Ukraine weiters darin, dass das Assoziierungsabkommen die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen stärken würde, wie am Beispiel Norwegens oder der Schweiz zu beobachten sei. Damit wiederum betont Polen, dass langfristig doch eine Perspektive auf einen EU-Beitritt der Ukraine besteht. Die Deklaration der Östlichen Partnerschaft sieht hierbei eine Differenzierung der einzelnen Partner vor, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Raum für demokratische Entwicklung, Stabilität, Wohlstand und Austausch mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft auszubauen. Auch wird angestrebt, nicht nur die Regierungen, sondern alle Teile der Gesellschaften in diesen Prozess einzubeziehen. Zu diesem Zweck wurden die parlamentarische Versammlung Euronest, das Civil Society Forum, ein Business-Forum sowie eine Konferenz für regionale und lokale Behörden eingerichtet.

In der Ukraine leben insgesamt 144.130 Polen, das entspricht 0,3 % der Gesamtbevölkerung. In der Region Shtyomyr stellen sie 3,5 %, in Chmelnyzki 1,6 % und in Lwiw 0,7 %. 18.660 von ihnen gaben bei der Volkszählung 2001 an, ihre Muttersprache sei Polnisch, 102.268 gaben Ukrainisch als Muttersprache an und 22.495 nannten Russisch.

In Polen leben 309.131 Menschen (0,81 % der Gesamtbevölkerung), die bei der Volkszählung 2002 angaben, in der Ukraine geboren worden zu sein. 30.957 Personen gaben als Staatsbürgerschaft Ukrainisch an.

Quelle: *Volkszählung 2001*, http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality_population/nationality_popul1/select_51/?bottom=cens_db&box=5.1W&k_t=00&p=75&r_z=1_1&r_z_b=2_1%20%20&n_page=4

Quelle: *Rocznik demograficzny, Warszawa 2010*, http://www.stat.gov.pl/gus/5840_demographic_yearbook_ENG_HTML.htm

In der Bilanz ihrer EU-Ratspräsidentschaft für den Monat September 2011 äußert die polnische Führung die Hoffnung auf einen Abschluss der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine bis Ende des Jahres 2011. Die Forcierung des Abkommens durch Polen stieß jedoch bei anderen EU-Mitgliedern sowie bei ukrainischen Intellektuellen und Oppositionellen auf Unverständnis, da das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft gerade zu der Zeit stattfand, als in der Ukraine der Prozess gegen die Ex-Ministerpräsidentin Tymoschenko seinen Lauf nahm. Auch die beim EU-Gipfeltreffen Versammelten kritisierten die Gefährdung der Demokratie in der Ukraine, und der Tymoschenko-Prozess wurde einhellig als Feldzug gegen die politische Opposition angesehen. Frankreich und Deutschland befürchteten überdies, die EU würde mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens eine Möglichkeit aus der Hand geben, dem Zusammenfallen der ukrainischen Demokratie entgegenzuwirken.

Die Verurteilung Tymoschenkos am 11. Oktober 2011 erfuhr Kritik aus dem polnischen Außenministerium; Polen zeigte sich zusammen mit der EU besorgt ob des Urteils. In einer Erklärung des polnischen Außenministeriums hieß es, Polen unterstütze weiter die europäischen Aspirationen der Ukraine, da diese für das Streben der Ukraine nach politischen und sozialen Normen der EU stünden. Der Gerichtsprozess, so das polnische Außenministerium, repräsentiere jedoch die Politisierung des ukrainischen Justizsystems. Das Ministerium forderte einen transparenten und fairen Gerichtsprozess, da die weiteren Maßnahmen in diesem Bereich demonstrieren würden, ob die Ukraine sich europäischen Werten nähert oder sich von ihnen entfernt. Deutlicher äußerte sich der Präsident des Europäi-

schen Parlaments, der polnische EU-Abgeordnete Buzek, gegen das Tymoschenko-Urteil, indem er an der Fairness, Transparenz und Unabhängigkeit des Gerichtsprozesses zweifelte.

Ausblick

Die Rolle Polens in der europäischen Integration der Ukraine wird weiter stark bleiben, da der Ukraine im Konzept der polnischen Außenpolitik eine grundlegende Bedeutung zukommt. Auch wird die Ukraine Polen nach wie vor als einen wichtigen Partner in den Beziehungen zur EU betrachten. Im Fokus werden weiter Langzeitprojekte wie die gesellschaftliche Versöhnung, kultureller Austausch, wirtschaftliche Kooperation und die Zusammenarbeit in Grenzfragen stehen. Infolge des zusehenden Verfalls der ukrainischen Demokratie sowie aufgrund der Konstellationen auf internationaler Ebene und in der EU ist zu erwarten, dass ein NATO- und ein EU-Beitritt der Ukraine in absehbarer Zukunft nicht auf der Agenda stehen werden. Es bleibt auch abzuwarten, ob die EU die Abkommen mit der Ukraine weiter befürwortet. Unter europäischer Integration sollte nicht nur Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik verstanden werden, sondern insbesondere auch eine Annäherung der Ukraine an die demokratische Kultur der EU. In diesem Kontext könnte sich Polens Beharren auf Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und Errichtung der Freihandelszone letztendlich sogar als Bären dienst gegenüber der Ukraine erweisen. Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über das Assoziierungsabkommen und die Freihandelszone werden sich auf dem EU-Ukraine-Gipfeltreffen im Dezember 2011 zeigen.

Über die Autorin:

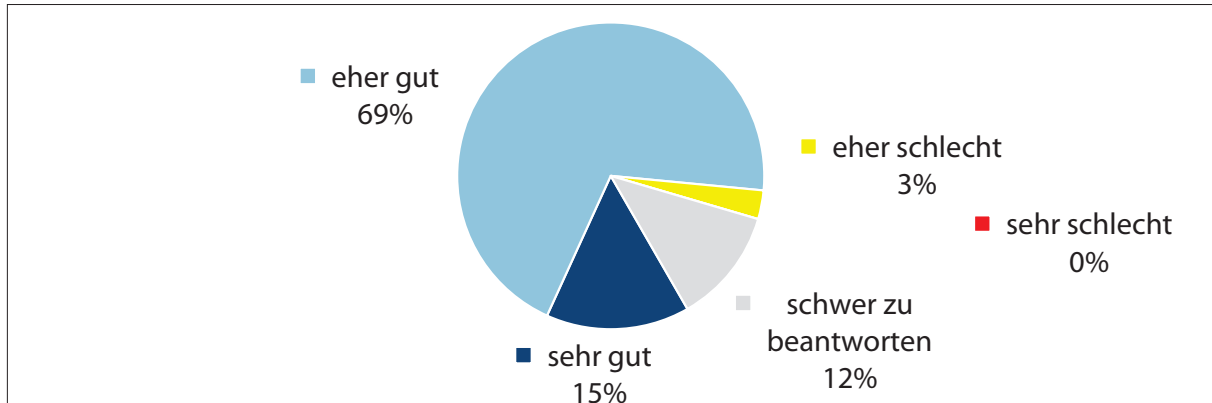
Dr. Lina Klymenko ist Lektorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in Transformationsprozessen im postsowjetischen Raum, Geschichtspolitik und Europäische Nachbarschaftspolitik (östliche Dimension).

Lesetipp:

- Das Centre for Eastern Studies (<http://www.osw.waw.pl>) ist ein polnischer Think-Tank, der Expertisen zur EU Ostpolitik, Energiepolitik und zu Transformationsprozessen der Nachbarländer Polens erstellt.
- Klymenko, Lina (2009): What Holds Ukraine and Poland Together? On External and Internal Factors of Ukrainian–Polish Relations, in: J. Besters-Dilger (Hrsg.): Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution Peter Lang: Frankfurt am Main, 253–274.

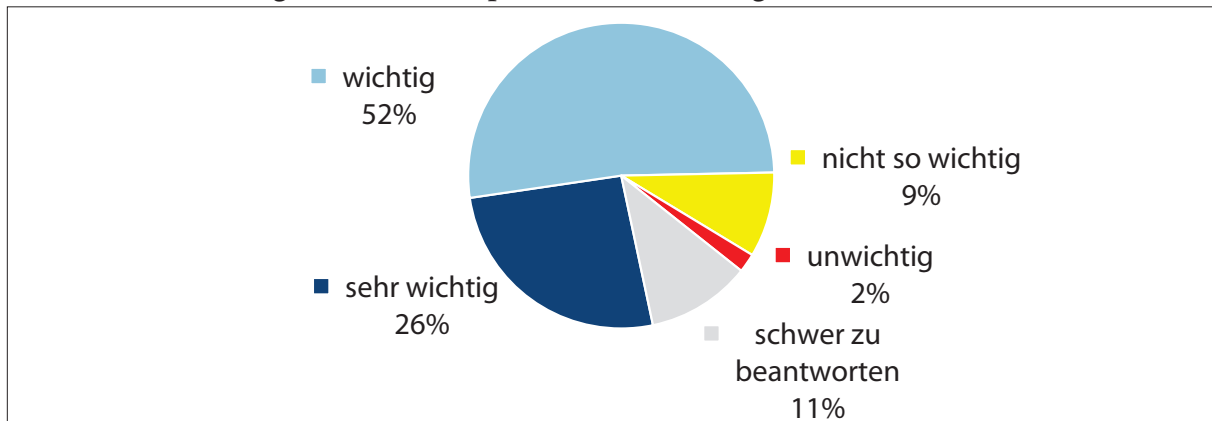
Die ukrainisch-polnischen Beziehungen in Umfragen und Statistiken

Grafik 1: Zustand der ukrainisch-polnischen Beziehungen aus Sicht der Ukrainer



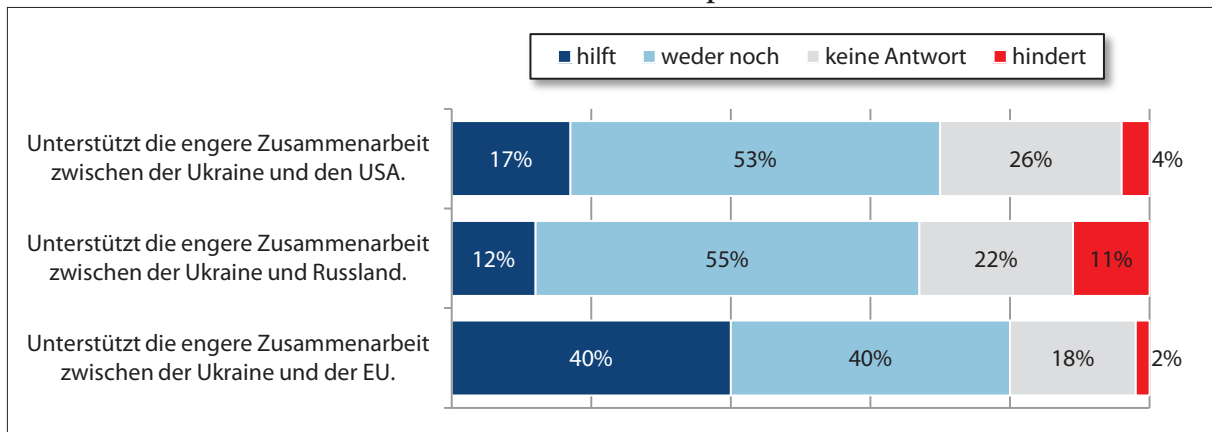
Quelle: Konieczna-Salamatin, Joanna: Polska i Polacy w oczach Ukraińców, in: Debata Nr. 5, 2011, S. 57, <http://www.mendeley.com/profiles/joanna-konieczna-salamatin/>

Grafik 2: Bedeutung der ukrainisch-polnischen Beziehungen aus Sicht der Ukrainer



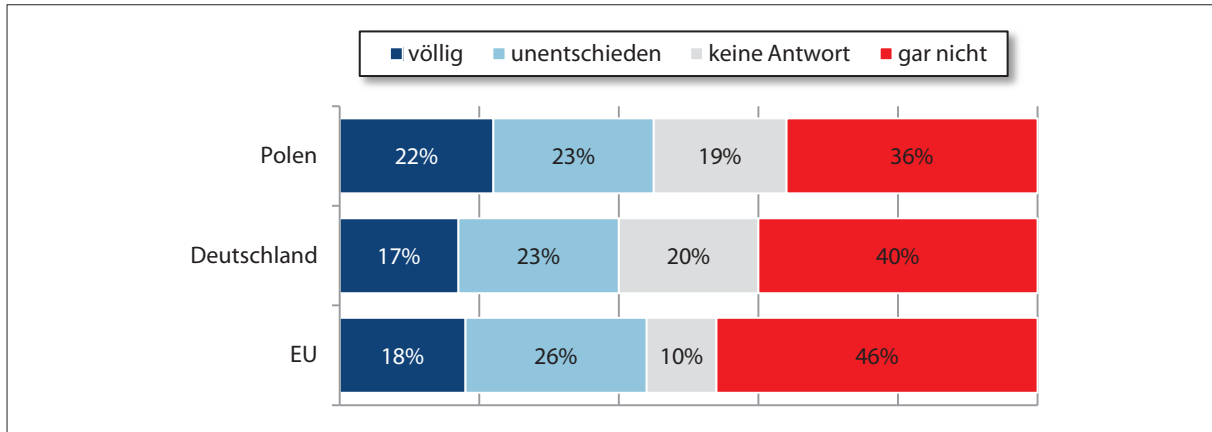
Quelle: Konieczna-Salamatin, Joanna: Polska i Polacy w oczach Ukraińców, in: Debata Nr. 5, 2011, S. 57, <http://www.mendeley.com/profiles/joanna-konieczna-salamatin/>

Grafik 3: Die Rolle Polens in der ukrainischen Außenpolitik aus Sicht der Ukrainer



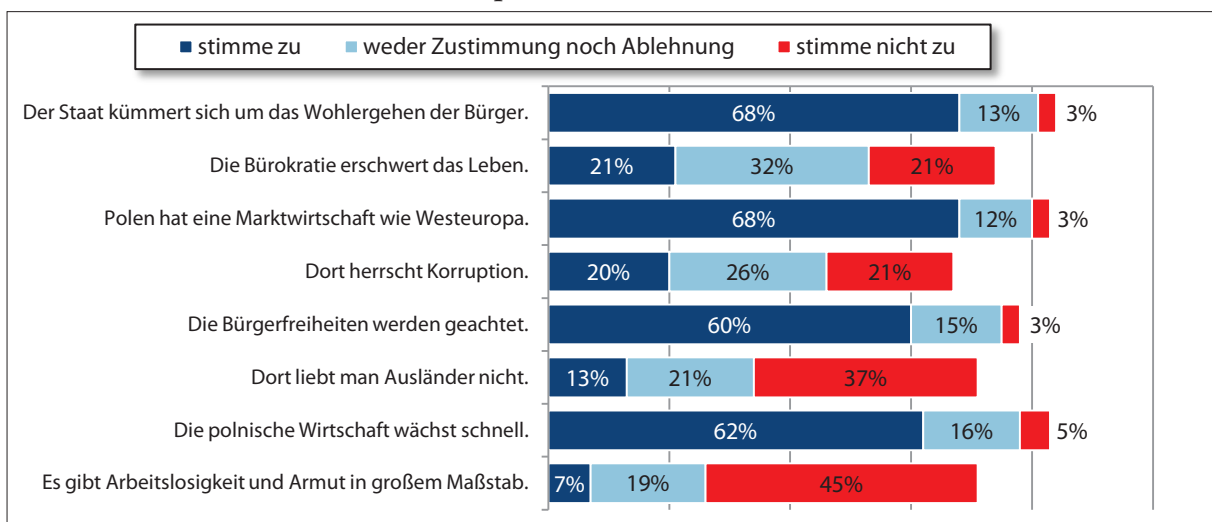
Quelle: repräsentative Umfrage von Democratic Initiatives Foundation u.a.: Spryjnattja polschtschi i poljakiw w Ukrajinі, 13. Dezember 2010, <http://dif.org.ua/ua/press/jkrfojkk>

Grafik 4: Die EU/Deutschland/Polen tut alles, damit die Ukraine in die EU aufgenommen wird. Wie sehr stimmen Sie dieser Aussage zu? (Umfrage in der Ukraine)



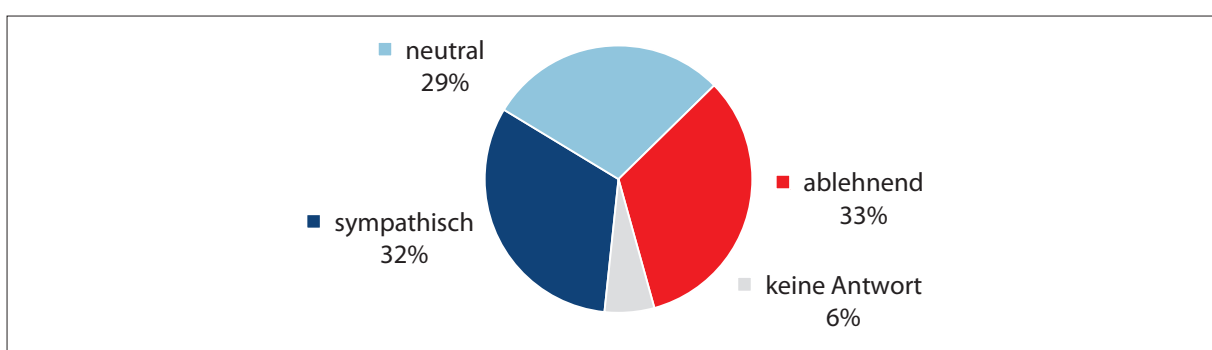
Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK vom 12. bis 24. März 2010, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

Grafik 5: Sicht der Ukrainer auf den polnischen Staat

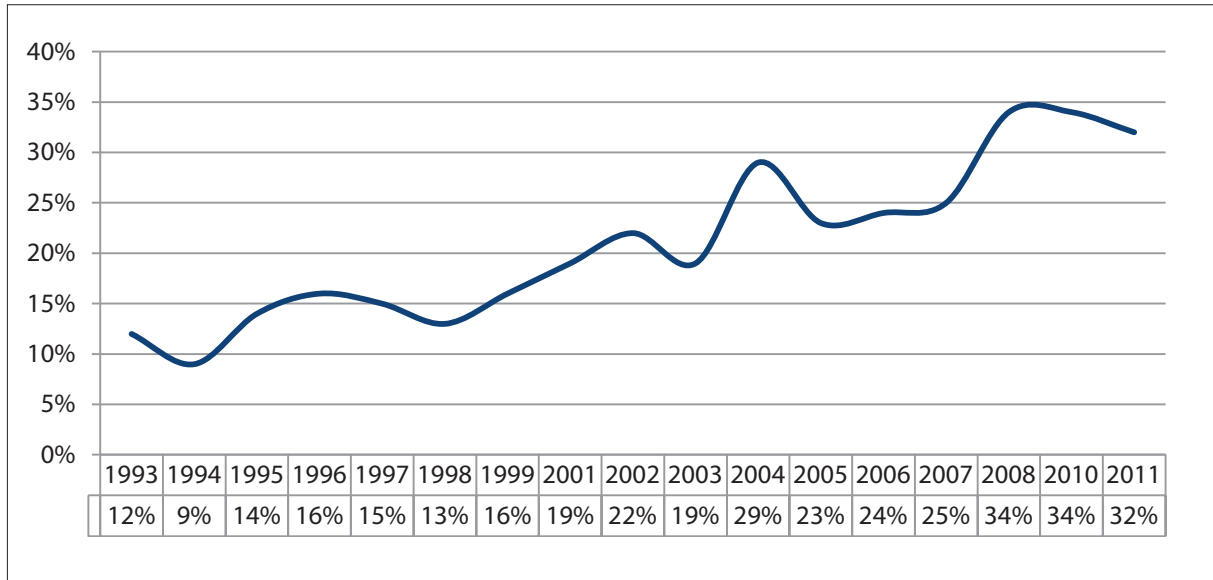


Quelle: repräsentative Umfrage von Democratic Initiatives Foundation u.a.: *Sprynjattja polschtschi i poljakiw w Ukrajinі*, 13. Dezember 2010, <http://dif.org.ua/ua/press/jkrfojkk>

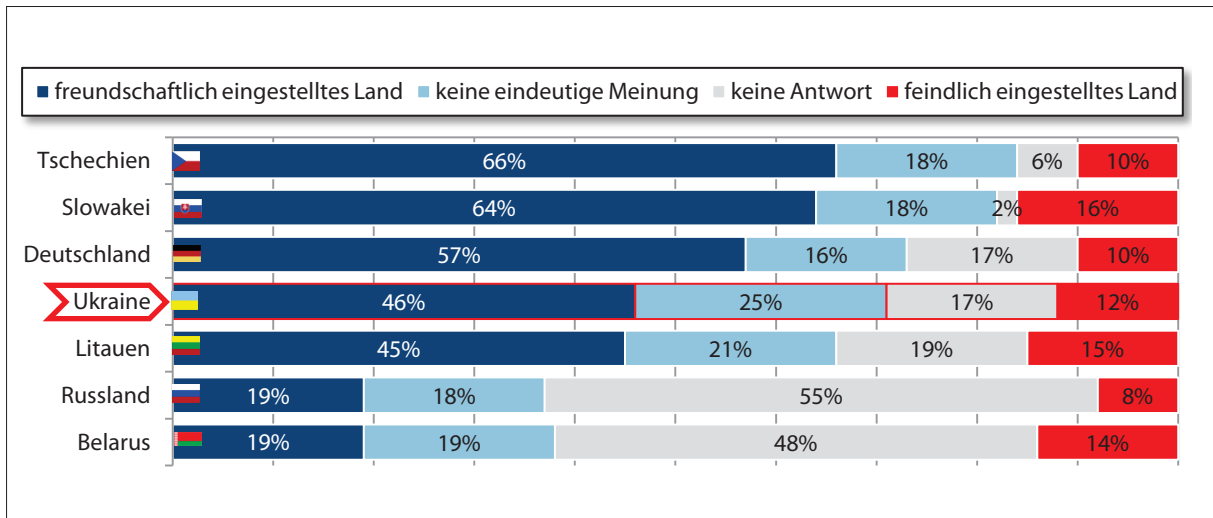
Grafik 6: Einstellung der Polen zu den Ukrainern



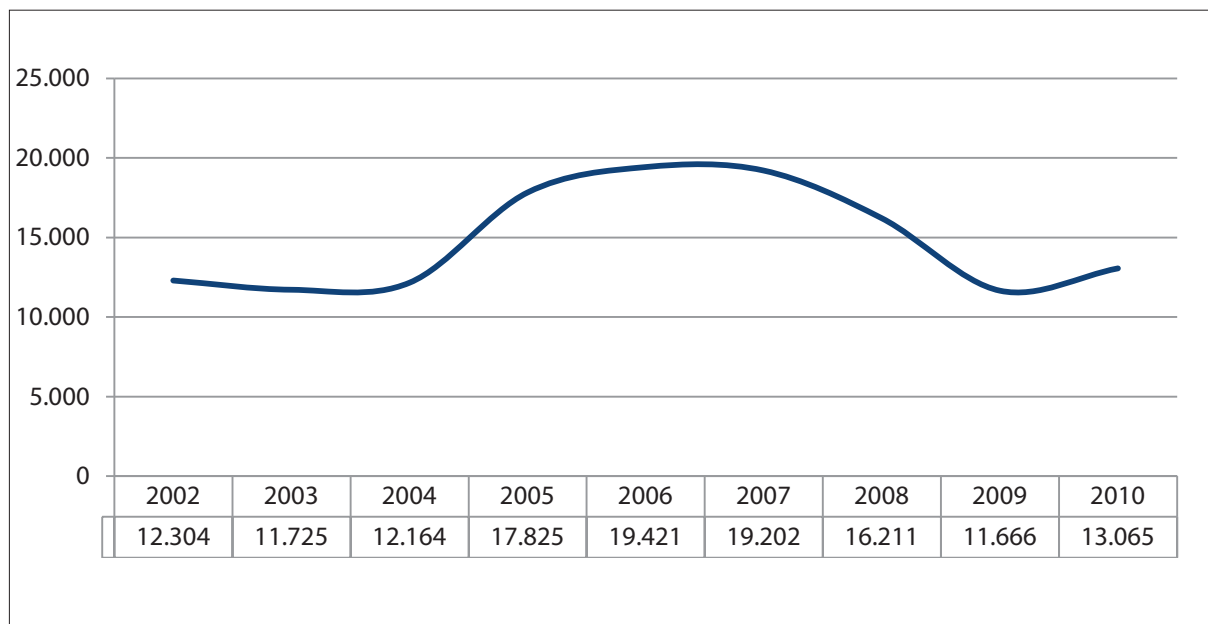
Quelle: repräsentative Umfrage von CBOS vom 5. bis 12. Januar 2011, CBOS BS/13/2011: *Stosunek Polaków do innych narodów*, Warszawa 02/2011, www.cbos.pl

Grafik 7: Sympathie für Ukrainer unter Polen zwischen 1993 und 2011


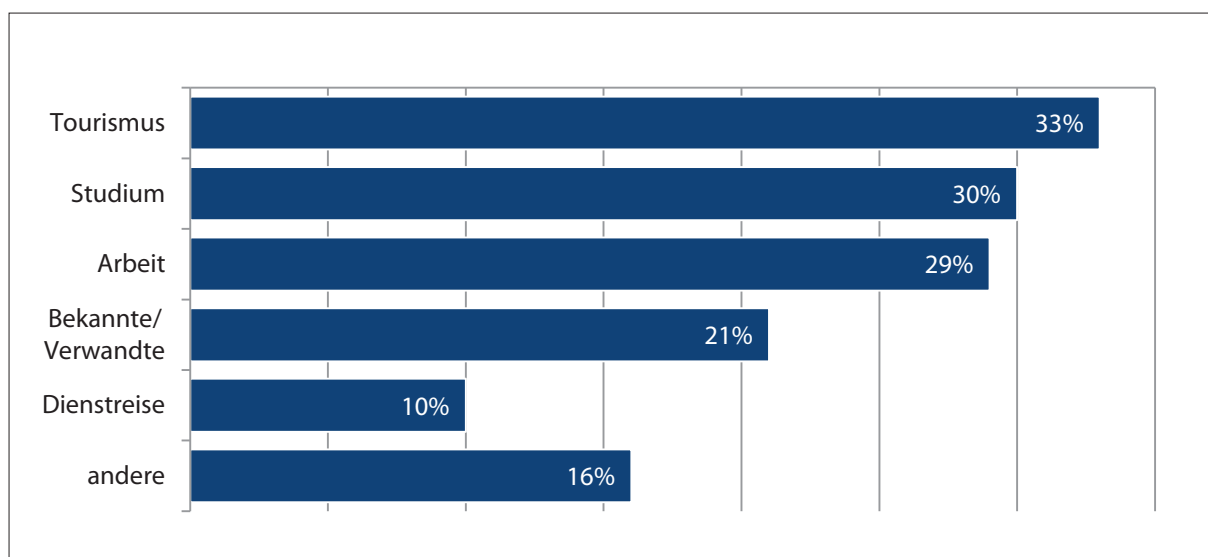
Quelle: verschiedene repräsentative Umfragen von CBOS, www.cbos.pl

Grafik 8: Sicht der Polen auf das Verhältnis einzelner Länder zu Polen


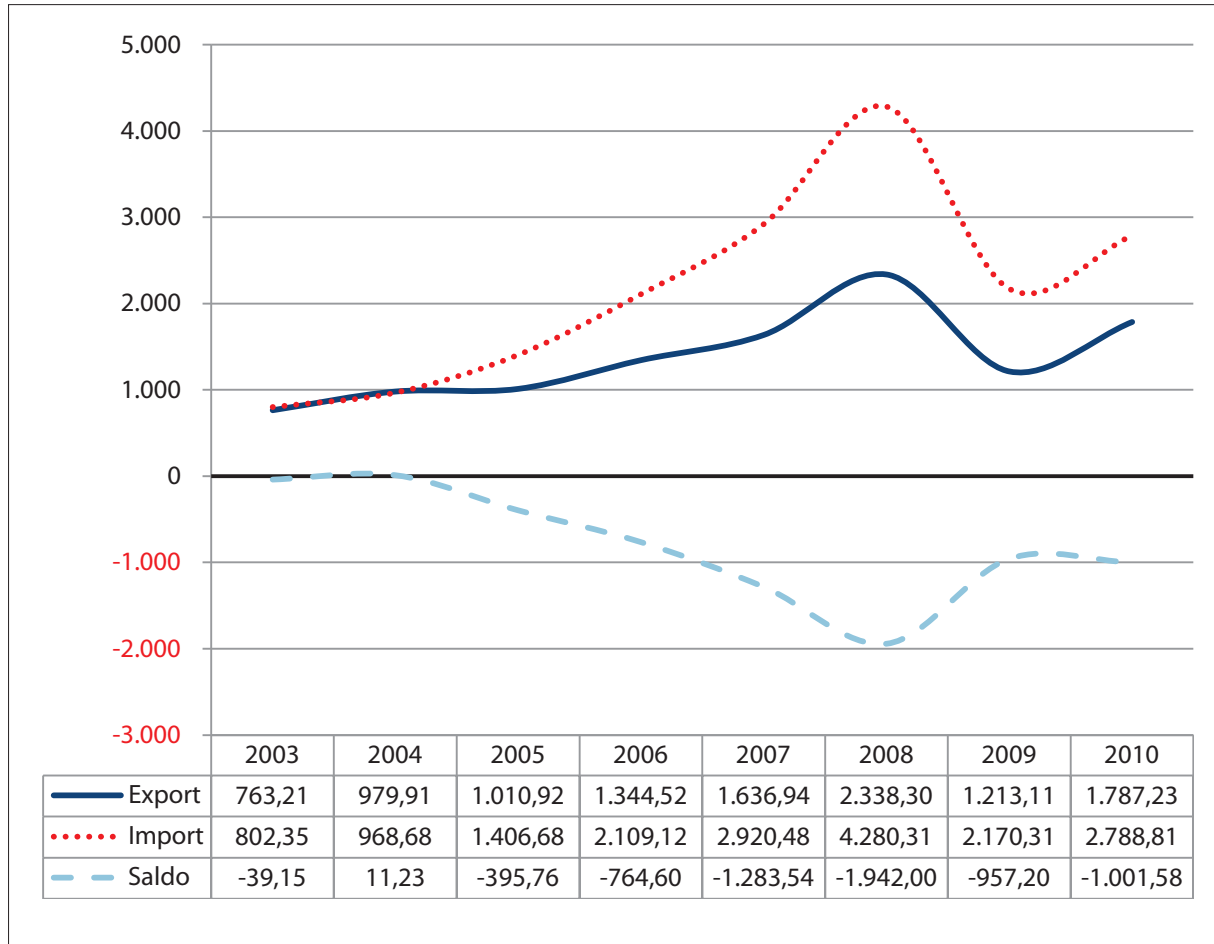
Quelle: repräsentative Umfrage von CBOS vom 2. bis 8. Juni 2011, CBOS BS/71/2011: *Opinie o nastawieniu krajów sąsiedzkich do Polski*, Warszawa 06/2011, www.cbos.pl

Grafik 9: Grenzübertritte pro Jahr, in beide Richtungen

Quelle: Konieczna-Salamatin, Joanna: *Coraz dalsi sąsiedzi? Wizerunek Polski i Polaków na Ukrainie, 2011*, S. 4, <http://www.mendeley.com/profiles/joanna-konieczna-salamatin/>

Grafik 10: Anlässe der Reisen von Ukrainern nach Polen

Quelle: Konieczna-Salamatin, Joanna: *Coraz dalsi sąsiedzi? Wizerunek Polski i Polaków na Ukrainie, 2011*, S. 6, <http://www.mendeley.com/profiles/joanna-konieczna-salamatin/>

Grafik 11: Der ukrainisch-polnische Außenhandel in Mio. US-Dollar

Quelle: Statistikamt der Ukraine, www.ukrstat.ua

Gemeinsame Erklärung des Gipfels der Östlichen Partnerschaft (Auszug)

Die Staats- und Regierungschefs sowie die Vertreter der Republik Armenien, der Republik Aserbaidschan, Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine, die Vertreter der Europäischen Union und der Staats- und Regierungschefs sowie die Vertreter ihrer Mitgliedstaaten haben sich in Warschau am 29. und 30. September 2011 getroffen, um ihre Zustimmung zu den Zielen zu erneuern, und setzten die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft fort.

Der Präsident des Europäischen Parlaments und die Vertreter des Ausschusses der Regionen, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung waren ebenfalls auf dem Gipfel anwesend.

Der Prager Gipfel im Mai 2009 startete eine strategische und ambitionierte Östliche Partnerschaft als konkrete Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik, zur weiteren Unterstützung der nachhaltigen Reformprozesse der osteuropäischen Länder mit Blick auf die Beschleunigung ihrer politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration in die Europäische Union. Die in Prag vereinbarte Tagesordnung enthält die Leitprinzipien der Östlichen Partnerschaft und die Teilnehmer des Warschauer Gipfels bestätigten nochmals ihre Zustimmung, sie vollständig umzusetzen.

Der Warschauer Gipfel erkennt an, dass verstärkte Reformanstrengungen einem gemeinsamen Interesse dienen und daher im Geiste des gemeinsamen Eigentums und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht angewendet werden müssen. Die Östliche Partnerschaft basiert auf einer Gemeinschaft der Werte und Prinzipien der Freiheit, Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Alle an der Östlichen Partnerschaft teilnehmenden Länder sind aufgrund der entsprechenden internationalen Übereinkünfte an diese Werte gebunden. Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union ist an sie außerdem aufgrund des Vertrags über die Europäische Union gebunden. Die Teilnehmer des Warschauer Gipfels erkennen die europäischen Bestrebungen und die europäische Wahl einiger Partner und deren Zustimmung an, eine tiefe und nachhaltige Demokratie aufzubauen. Sie hoben die besondere Rolle für die Östliche Partnerschaft hervor, diejenigen zu unterstützen, die sich um eine immer engere Beziehung mit der EU bemühen.

Es wurde bereits viel erreicht. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen wurden in den Partnerländern umgesetzt und die Beziehungen zwischen der EU und ihren osteuropäischen Partnern haben sich erheblich vertieft. Es gibt mehr Handel und wirtschaftliche Interaktion zwischen der EU und ihren osteuropäischen Partnern als je zuvor. Um diesen Trend zu festigen, stehen die EU und die meisten ihrer Partner in Verhandlungen über Assoziierungsabkommen, die ebenfalls zu weitreichenden und umfassenden Freihandelszonen führen werden, sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Gleichzeitig sind sie dabei, Fortschritte bezüglich mehr Mobilität auf dem ganzen Kontinent zu machen. Die Gespräche über visafreie Regimes wurden mit der Ukraine und der Republik Moldau eingeleitet. Die Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen werden mit Georgien umgesetzt und ähnliche Abkommen werden mit der Republik Armenien, der Republik Aserbaidschan und der Republik Belarus versucht abzuschließen.

Es ist Teil des Wesens der Östlichen Partnerschaft, sich mit allen Teilen der Gesellschaft über die Regierung hinaus zu beschäftigen. Der Warschauer Gipfel begrüßt die Einrichtung der parlamentarischen Versammlung Euronest sowie die gestärkte Rolle der Zivilgesellschaft durch das Civil Society Forum. Er begrüßt die Schaffung eines Business Forums der Östlichen Partnerschaft und die Konferenz der regionalen und lokalen Behörden der Östlichen Partnerschaft.

Indem sie die bisher erzielten Fortschritt anerkennen und begrüßen, betonten die Teilnehmer des Warschauer Gipfels, dass noch viel zu tun bleibt, um die Ziele der Östlichen Partnerschaft, auch durch die Anpassung der existierenden Instrumente der Zusammenarbeit, zu erreichen. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die Veröffentlichung der Mitteilung des Hohen Vertreters und der Kommission über die Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Eine stärkere Differenzierung und die gegenseitige Rechenschaftspflicht wird es einzelnen Partnern erlauben, ihren Erwartungen, Bedürfnissen und Fähigkeiten besser zu begegnen. Nach diesen Grundsätzen wird die Geschwindigkeit der Reformen die Intensität der Zusammenarbeit bestimmen und die Partner, die am meisten mit Reformen beschäftigt sind, werden mehr von ihrer Beziehung zur Europäischen Union, in Form einer engeren politischen Assoziierung, einer allmählich tieferen wirtschaftlichen Integration im EU-Binnenmarkt und einer verstärkten EU-Unterstützung, profitieren. Damit ist die Unterstützung für die Zivilgesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie der umfassende Aufbau von Institutionen, die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit, ein größerer Marktzugang, eine verstärkte Finanzierung durch die EIB zur Unterstützung von Investitionen und eine größere Erleichterung der Mobilität in einer gut organisierten und sicheren Umgebung verbunden. Die Lösung von Konflikten, der Aufbau von Vertrauen und guten nachbarschaftlichen Beziehungen sind wesentlich für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Zusammenarbeit in der Region.

Die Teilnehmer erklären, dass die Östliche Partnerschaft bedeutend gestärkt werden muss, und verpflichten sich, ihre Umsetzung zu beschleunigen, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Raum für Demokratie, Wohlstand, Stabilität sowie erhöhte Interaktionen und Austausch aufzubauen. Sie erklären ebenfalls, dass die Leistungen und der Fortschritt der Östlichen Partnerschaft direkte und klar wahrnehmbare Vorteile für die Bürger der Partnerländer bringen müssen. Außerdem verpflichten sie sich, ihre Anstrengungen zu steigern, um die Östliche Partnerschaft für alle sichtbar zu machen.

Quelle: <http://pl2011.eu/de/content/gemeinsame-erklaerung-des-gipfels-der-oestlichen-partnerschaft>

Adopted European Parliament resolution of 27 October 2011 on the current developments in Ukraine (28/10/2011)

The European Parliament, [...]

1. Takes the view that a deepening of relations between the EU and Ukraine and the fact of offering Ukraine a European perspective are of great significance and in the interests of both parties; recognises Ukraine's aspirations pursuant to Article 49 of the Treaty on European Union, provided that all criteria, including respect for the principles of democracy, human rights, fundamental freedoms and the rule of law, are met;
2. Deplores the sentencing of former Prime Minister Yulia Tymoshenko as a violation of human rights and an abuse of the judiciary for the purpose of the political suppression of Ukraine's leading opposition politician; emphasises that the law selectively applied against Tymoshenko dates back to Soviet times and makes provision for criminal prosecution for political decisions; whereas Articles 364 and 365 of that law, which are currently under review by the Verhovna Rada, do not conform to European and UN standards;
3. Urges the Ukrainian authorities to ensure a fair, transparent and impartial legal process should Yulia Tymoshenko appeal against her conviction, and in the other trials against members of the former government; insists that Yulia Tymoshenko should be allowed to exercise her right to participate fully in the political process both as of now and in the forthcoming elections in Ukraine;
4. Is concerned that the Tymoshenko trial is at odds with the Ukraine Government's proclaimed commitment to democracy and European values;
5. Expresses genuine concern at the continued detention of the former Minister of the Interior, Yuri Lutsenko, against whom no sentence has yet been pronounced in his trial, and at other similar cases;
6. Insists that all judicial proceedings against former and current senior government officials should be conducted in accordance with European standards of fairness, impartiality, transparency and independence;
7. Takes the view that a failure to review Yulia Tymoshenko's conviction will jeopardise the conclusion of the Association Agreement and its ratification, while pushing the country further away from the realisation of its European perspective; expresses concern at some signs of decline in democratic freedoms and at the possible instrumentalisation of state institutions for partisan purposes and to exact political revenge;
8. Stresses that the strengthening of the rule of law and internal reform, including a credible fight against corruption, are essential not only for the conclusion and ratification of the Association Agreement and the deepening of EU-Ukraine relations, but also for the consolidation of democracy in Ukraine;
9. Welcomes the agreement that has been reached on the conclusion of a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement; regards this agreement as a solid basis for the possible finalisation of the negotiations on an Association Agreement between the European Union and Ukraine;
10. Expresses alarm at reports concerning the deterioration of media freedom and pluralism in Ukraine; calls on the authorities to take all necessary measures to protect these essential aspects of a democratic society and to refrain from any attempt to control, directly or indirectly, the content of national media reporting;
11. Strongly supports the recommendations put forward in the joint opinion of the Venice Commission and the OSCE/ODIHR on the draft parliamentary election law; considers it essential that these recommendations should be adopted and implemented in an expedient, inclusive and comprehensive fashion, involving both the opposition and civil society;

[...]

13. Considers that the recently postponed meeting with President Yanukovich would have offered an excellent opportunity to tackle serious concerns which have been addressed to the Ukraine Government and re-establish a constructive dialogue that could lead to the initialling of the Association Agreement, provided that significant progress is made on the remaining technical and key political obstacles; calls on the Council and Commission to reschedule the meeting with President Yanukovich so that it takes place ahead of the planned EU-Ukraine Summit in December 2011;
14. Calls on the Commission to support judicial reform in Ukraine by making better use of the EU's capacity-building programme and to consider setting up a High-Level EU Advisory Group to assist Ukraine in its efforts to fall into line with EU legislation, including in the judicial sphere;

[...]

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20111027+TOC+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

CHRONIK

Vom 27. Oktober bis 7. November 2011

27.10.2011	Im Europäischen Parlament wird eine Resolution zur Ukraine verabschiedet, in der das Urteil gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko scharf kritisiert und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit einer Revision des Urteils in Verbindung gebracht wird. Das ukrainische Außenministerium sieht die Resolution dennoch als Erfolg an, weil die Beitrittsperspektive darin enthalten sei.
28.10.2011	Laut Staatsanwalt Renat Kusmin wird wegen verschiedener Vergehen gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko ermittelt, u. a. wegen Steuerhinterziehung, Korruptionsversuch und Besetzung eines Gefängnisses in Tschernihiw im Jahr 2003. Es sei auch über die mögliche Aufnahme von Untersuchungen zur Verwicklung Tymoschenkos in den Mord an dem Abgeordneten und Geschäftsmann Jewhen Schtscherban 1996 in Betracht gezogen worden.
29.10.2011	Nach den Stadien in Kiew, Donezk und Charkiw wird in Lwiw das letzte der vier Stadien für die Fußball-Europameisterschaft 2012 eröffnet.
1.11.2011	Etwa 1.000 ehemalige Arbeiter und Liquidatoren des Atomkraftwerks in Tschernobyl demonstrieren vor dem Parlament in Kiew gegen die Kürzung finanzieller Vergünstigungen. Es kommt zu Rangeleien mit der Miliz als die Umzäunung des Gebäudes durchbrochen wird. Später erklärt der Fraktionsführer der Partei der Regionen, Oleksandr Jewremow, dass es keine Kürzungen geben werde. Tags darauf versammeln sich abermals ca. 300 Protestierende. Präsident Wiktor Janukowytsch sieht darin den Versuch, die finanzielle Stabilität des Landes zu erschüttern. Auch von einem bewaffneten Angriff auf die Staatsorgane sei ihm berichtet worden.
1.11.2011	Vertreter verschiedener NGOs übergeben einen offenen Brief an Präsident Wiktor Janukowytsch, in dem sie die vorgelegten Änderungen an dem Gesetz »Über den Schutz der gesellschaftlichen Moral« kritisieren, weil sie darin die Verbote einer Medienzensur sehen. Das Gesetz war am 19.10.2011 in erster Lesung angenommen worden.
2.11.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt die Gouverneure der Regionen Lwiw und Saporishshja, Mychajlo Zymbaljuk und Boris Petrow.
2.11.2011	In einem offenen Brief fordert die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko die EU auf, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu unterschreiben, auch wenn die Forderungen der letzten Resolution nicht erfüllt würden.
3.11.2011	Abermals demonstrieren ehemalige Tschernobyl-Liquidatoren und frühere Afghanistan-Soldaten vor dem Parlament in Kiew gegen die Sozialpolitik. Diesmal schließen sich aber auch Unternehmerorganisationen an, die gegen die Wirtschaftspolitik protestieren und eine Auflösung des Parlaments fordern. Abermals wird die Parlamentsumzäunung durchbrochen und die 3.000 Demonstranten von einem Großaufgebot der Miliz zurückgedrängt. In Donezk demonstrieren ca. 2.000 Menschen gegen die politische Führung des Landes. Auch in anderen regionalen Zentren finden Demonstrationen statt, allerdings mit weniger Teilnehmern.
3.11.2011	Die Regierungsfraktion und die Opposition einigen sich auf die Schaffung einer Kommission, die bis zum 17.11.2011 einen Kompromissvorschlag zu einem neuen Wahlgesetz ausarbeiten soll. Der Block Tymoschenko möchte das neue Wahlgesetz allerdings erst nach der kommenden Parlamentswahl in Kraft treten lassen.
3.11.2011	Das Parlament wählt den ehemaligen Vorsitzenden des Verwaltungsgerichts Oleksandr Pasenjuk zum Verfassungsrichter. Dieses Amt wird für neun Jahre vergeben, ohne das Recht auf Wiederwahl. Die Opposition stellt Wahlfälschung fest und vermutet den baldigen Wechsel Pasenjucks ins Oberste Gericht – dieser Wechsel ist den Richtern des Verfassungsgerichts vorbehalten.
3.11.2011	Das Parlament verabschiedet eine neue Quote für den Rundfunk: 25 % statt 50 % der Sendungen sollen nun aus ukrainischer Produktion stammen.

4.11.2011	Vor dem Parlament in Kiew versammeln sich 300 bis 400 Anhänger der Parteien Vaterland und Front der Veränderung und fordern die Dekriminalisierung des Paragraphen, nach dem die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko verurteilt wurde.
4.11.2011	Der Verteidiger der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, Serhij Wlasenko, sagt, man habe seiner Mandantin die Kopie eines Dokuments zur Einleitung von vier Strafverfahren, die mit ihrer Tätigkeit bei den Vereinigten Energiesystemen in den Jahren 1996 und 1997 in Zusammenhang stehen, überreicht.
4.11.2011	Der Internationale Währungsfonds pausiert mit seinen Zahlungen an die Ukraine. Dies ist das Ergebnis des 10-tägigen Aufenthalts einer IWF-Mission in Kiew. Der IWF fordert die Anhebung der Gaspreise und die Herabsetzung des erwarteten Wirtschaftswachstums im Haushalt für 2012. Weitere Gespräche soll es nach Abschluss der Gaspreis-Verhandlungen mit Russland geben.
4.11.2011	Das Parlament verschiebt die Entscheidung über eine Humanisierung der Strafen für Vergehen im Wirtschaftsbereich. Am Vorabend hatte das zuständige Parlamentskomitee empfohlen, auch die Dekriminalisierung des Paragraphen, nach dem die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko verurteilt worden war, in den Gesetzesvorschlag aufzunehmen.
7.11.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch legt ein Veto gegen das Gesetz über die »Grünen Tarife« für Energie aus Biogas ein.
7.11.2011	In Saporishshja nehmen 1.500 Menschen an der Wiedereröffnung eines Stalindenkmals neben dem Gebietskomitee der Kommunistischen Partei teil.
7.11.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt den Innenminister Anatolij Mohiljow und ernennt Witalij Sachartschenko, der bisher die Steuerbehörde leitete, zu dessen Nachfolger. Am gleichen Abend schlägt er Mohiljow für das Amt des Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim vor. Dieser Posten wird durch den Obersten Sowjet der Krim im Abstimmung mit dem Präsidenten vergeben. Am 17.8.2011 war der bisherige Amtsinhaber Wasyl Dscharty verstorben. Insbesondere bei den Tataren stößt der Vorschlag auf Kritik und Unverständnis.
7.11.2011	Etwa 2.000 Menschen, in erster Linie Anhänger der Kommunistischen Partei, begehen in Kiew den 94. Jahrestag der Oktoberrevolution, trotz eines Demonstrationsverbots. Es kommt zu einer Rangelei mit Anhängern nationalistischer Organisationen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de